



Mit diesen „Kunst-Pferdchen“ aus Computer-Schrott vor dem Gebäude der Staatsanwaltschaft in der Stiftstraße erregten Mitglieder der VVN den Unwillen der Staatsanwaltschaft. Foto: Michael Klarmann

Justiz stinksauer über „trojanische Pferde“

VVN-Happening erregt Unmut. Oberstaatsanwalt Deller reagierte scharf.

VON UNSEREM MITARBEITER
MICHAEL KLARMANN

AACHEN. Die Staatsanwaltschaft ist empört. Sie spricht von „infamen, möglicherweise ehrverletzenden“ Vorwürfen gegen sie. Hintergrund ist eine „Kunstaktion“, zu der sich rund 20 Antifaschisten und Friedensaktivisten vor der Behörde in der Stiftstraße versammelt hatten.

Skulptur aus Schrott

Weil die Ermittler während Hausdurchsuchungen bei linken Polit-Aktivisten wiederholt „eine Gier nach Computern“ gezeigt hätten, wollte die Gruppe drei Pferdeskulpturen aus Computerschrott („Trojanische Pferde“) überreichen, was aber nicht gelang.

Mit besonderer Empörung reagierte Oberstaatsanwalt Robert Deller darauf, dass seiner Behörde der „völlige Unsinn“ unterstellt

werde, das „trojanische Pferd der Diktatur in der Demokratie“ zu sein. Auch die Behauptung, die Staatsanwaltschaft arbeite mit Neonazis zusammen und kriminalisiere linke Gruppen, wies er scharf zurück. Auf den Vorwurf, die Staatsanwaltschaft ermittle kaum gegen Neonazis in der Region, bei linken Aktivisten genügte indes Kleinigkeiten, antwortete Deller: „Wenn die so genannten Antifaschisten für sich in Anspruch nehmen, bei offensichtlichen Straftaten nicht belangt werden zu dürfen, dann frage ich mich, wo das hinführen soll.“

Kurt Heiler von der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA), kritisierte während der Kundgebung den „fanatischen Kampf der Staatsanwälte“, um linke und antifaschistische Gruppen „auszuspionieren“. Seit anderthalb Jahren gehe die Staatsanwaltschaft mit vielen Ermittlungen, erkennungsdienstlichen Behand-

lungen, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen von Heimcomputern aufgrund von „teilweise höchst fadenscheinigen Begründungen“ gegen linke Gruppen vor.

Auch gegen Rechts

Beispielsweise werde gegen Teilnehmer einer „antifaschistischen Kaffeefahrt“ ermittelt oder gegen Personen, die an unangemeldeten „Waffeninspektionen“ vor Kasernen teilnahmen oder als Anmelde-der von Demonstrationen gegen Auflagen verstoßen haben sollen.

Gegenüber den „Aachener Nachrichten“ erklärte Oberstaatsanwalt Deller, dass seine Behörde eben bei jeglichem Verdacht auf eine Straftat den gesetzlichen Auftrag habe, ohne Ansehen der Person zu ermitteln. Sonst verstoße sie selbst gegen das Recht. Und selbstverständlich ermittle die Staatsanwaltschaft auch gegen Neonazis.